

# «...dann geht auch keine Welt unter»

Marie Garnier tritt auf Ende April aus dem Freiburger Staatsrat zurück. Bisher werden für ihre Nachfolge auch viele Männernamen herumgereicht, gerade in den bürgerlichen Parteien. Frauenförderung scheint ein schwieriges Thema zu sein.

Nicole Jegerlehner

**FREIBURG** Sieben Sitze hat es in der Freiburger Kantonsregierung. Nur gerade zwei davon werden von einer Frau besetzt: von Anne-Claude Demierre (SP) und Marie Garnier (Grüne). Bei den Wahlen 2016 hatten bürgerliche Wählerinnen und Wähler nicht einmal die Qual der Wahl: CVP, FDP und SVP präsentierten auf ihrer gemeinsamen Liste sechs Männer, aber keine einzige Frau.

Marie Garnier tritt auf Ende April zurück. Für die Ersatzwahl vom 4. März nannten FDP und SVP in einer ersten Runde nur Männernamen. Erst in einer zweiten Runde kamen die Freisinnigen auch auf ihre Grossrätin Nadine Gobet, die Präsidentin des Regionalen Arbeitgeberverbandes in Bulle. Sie selber hat sich dazu noch nicht geäussert. Auf linker Seite haben die grüne Grossrätin Sylvie Bonvin-Sansonnens – sie ist Fraktionspräsidentin von Mitte-links-Grün – sowie SP-Nationalrätin Valérie Piller Carrard ihr Interesse an einer Kandidatur bekundet.



Im Herbst 2016 haben die Freiburgerinnen und Freiburger zwei Frauen in den Staatsrat gewählt. Wird Anne-Claude Demierre (in Rot) nach dem Rücktritt von Marie Garnier ab Mai als einzige Frau in der Regierung sitzen?

Bild Aldo Ellena/ra

Zahlen und Fakten

## 1986 kam die erste Frau in den Staatsrat

1971 führte die Schweiz das Frauenstimmrecht ein, 1986 zog die erste Frau in den Freiburger Staatsrat: die CVP-Politikerin **Roselyne Crausaz**. 1991 wurde sie nicht mehr gewählt, dafür die Sozialdemokratin **Ruth Lüthi**. Zehn Jahre später sass mit der CVP-Politikerin **Isabelle Chassot** erstmals eine zweite Frau in der siebenköpfigen Regierung. 2006 trat Ruth Lüthi nicht mehr an. Der Einzug von **Anne-Claude Demierre** (SP) sorgte für eine erneute Frauen-Zweiervertretung. Ab 2011 sass nach der Wahl der Grünen **Marie Garnier** erstmals drei Frauen im Staatsrat. 2013 trat Chassot zurück und Jean-Pierre Siggen (CVP) wurde gewählt. Auch im **Kantonsparlament** sind die Frauen in der Minderheit: 2016 gingen 29 Prozent der Grossratsitze an Frauen. *njb*

## Eine grüne Frau

«Für uns ist es klar, dass wir eine Frau nominieren», sagt Bruno Marmier, Kantonalpräsident der Grünen. Seine Partei präsentiere immer möglichst ausgeglichene Listen, und zwar bereits auf Gemeindeebene. «Wenn wir in den Gemeinden die Frauen nicht fördern, haben wir später auch keine potenziellen Kandidatinnen auf Kantons- und nationaler Ebene.» Die grüne Partei habe viele Wählerinnen. «Es ist nur richtig, dass sie auch ihren Platz innerhalb der Partei erhalten.»

Gerade anders sieht es bei der SVP aus: Die Partei hat kaum Frauen in politischen Ämtern. Zurzeit sitzt gerade eine einzige Frau in der 21-köpfigen Grossratsfraktion. Die Frage der Frauenvertretung sei immer ein Thema, sagt Kantonalpräsident Ruedi Schläfli. «Aber was will der Kanton? Fähige Leute? Oder immer wieder die Frauenfrage ansprechen?» Werde eine Frau gewählt, sei das gut. «Und wenn nicht, geht auch keine Welt unter.»

Die SVP habe sich vorgenommen, gezielt Mitglieder für die Wahlen 2026 aufzubauen. «Wenn wir auch Frauen darunter haben, ist das ideal, aber wir wollen vor allem engagierte

Leute.» Immerhin hat die SVP des Kantons Freiburg drei Sektionen, die von Frauen präsidiert werden. «Die Präsidentinnen wollen nun die Frauensektion, die etwas eingeschlafen ist, reaktivieren.»

## Weibliche Vorbilder

Die Murtner Grossrätin Katharina Thalmann-Bolz ist Mitglied einer dieser von einer Frau präsidierten SVP-Sektion: «In der Sektion Seebezirk sind die Geschlechter im Vorstand ausgeglichen vertreten.» Habe eine Partei bereits Frauen, die dies anderen als Vorbild. Wichtig sei, dass die Parteien den Frauen nicht immer das Sekretariat anvertrauen, sondern sie auch in anderen Funktionen einsetzen. Aber allgemein zeige sich: «Frauen engagieren sich für die Öffentlichkeit eher in Vereinen und im sozialen Bereich, weniger in der Politik.» Gerade die SVP politisiere sehr pointiert. «Da muss man auch kontern und einstecken können.» Das liege nicht allen Frauen.

«Die Frauenfrage ist bei den anstehenden Wahlen wesentlich», sagt Johanna Gapany, Vizepräsidentin der FDP Freiburg. Die 28-Jährige ist Grossrätin und Gemeinderätin von

Bulle. Die Bezirkssektionen melden bis heute der Kantonalpartei ihre potenziellen Kandidatinnen und Kandidaten. «Es müssen nicht ausschliesslich Frauen sein, aber wir haben auf die Thematik hingewiesen.»

## Die Familie

«Die Politik ist männlich», sagt Gapany. «Wollen wir mehr

Frauen in unserer Partei, müssen wir die Strukturen anpassen.» Das aber brauche seine Zeit. Wichtig sei es für Frauen, weibliche Vorbilder zu haben.

Claudine Esseiva hat lange in Freiburg für die FDP politisiert; seit einigen Jahren ist sie nun in Bern aktiv. Für die Berner FDP hat sie denn auch bei den Nationalratswahlen 2015

kandidiert und wurde auf den ersten Ersatzplatz gewählt. Sie fordert von den Parteien, bereits beim Nachwuchs anzusetzen. Das grosse Problem sieht sie aber bei den Frauen im Alter zwischen 30 und 50 Jahren. «Da fehlen sie in der Politik.» Oft seien sie erwerbstätig und hätten eine Familie. «Das ist mit einem politischen Amt nicht vereinbar.» Die meisten Familien lebten nach wie vor nach der traditionellen Rollenverteilung, die es einem Mann eher erlaube, trotz kleinen Kindern abends an Sitzungen und Anlässen teilzunehmen, während sich die Frauen um die Kinder kümmern. «Dafür sind Frauen und Männer gleichermaßen verantwortlich.»

## Mehr Verantwortung im Beruf

Dies sieht auch die Freiburger Gemeinderätin und Grossrätin Antoinette de Weck so. Die Freisinnige engagiert sich in der Frauensektion der FDP Freiburg. «Wir versuchen, Frauen zu fördern, aber es ist schwierig.» Den Frauen fehle in ihrer beruflichen Karriere im Gegensatz zu Männern oft die Erfahrung in Leitungsaufgaben. «Je mehr sie Verantwortung im Beruf übernehmen und Sitzungen leiten, umso

weniger Hemmungen werden sie haben, im Grosse Rat das Wort zu ergreifen.»

CVP-Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach ist eine angemessene Vertretung der Frauen in der Politik wichtig. «Frauen machen mehr als die Hälfte der Gesellschaft aus, da ist es richtig, wenn sie auch vermehrt in der Regierung vertreten sind.» Ihr ist es ein Anliegen, dass die Parteien Frauen langfristig fördern. «Auch wenn eine Frau einmal nicht gewählt wird, sollte die Partei sie bis zu den nächsten Wahlen unterstützen und ihr Kraft geben.»

Die CVP besetzt drei der sieben Staatsratsitze und tritt bei der Ersatzwahl im März nicht an. Bisher kennt die Partei keine eigentliche Personalpolitik. «Wir wollen uns dafür aber eine neue Struktur geben», sagt Kantonalpräsident André Schoenenweid. Ziel: Möglichst früh die Personen auswählen und fördern, die für höhere Ämter in Frage kommen. «Da wird auch die Frauenfrage wichtig sein.» Dies gerade im Hinblick auf die kantonalen Wahlen 2021. «Wir haben aber auch viele interessierte Männer – die interne Konkurrenz wird hart sein.»

## Eidgenössische Kommission für Frauenfragen

### «Daran hat sich seit 1971 nicht viel geändert»

+ Drei Ebenen sieht Simone Curau von der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen als Grund für die heutige Stellung der Frauen in der Politik. Da sei die strukturelle Ebene: Die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik sei nicht gegeben. Und gerade bürgerliche Parteien seien von Männern dominiert. «Daran hat sich seit der Einführung des Frauenstimmrechts 1971 nicht viel geändert.» Als zweiten Punkt nennt Simone Curau die Frauen selber: Immer mehr Frauen seien erwerbstätig,

gleichzeitig übernehmen sie in der Familie viel Verantwortung. «Da überlegen sie sich ein politisches Engagement, das zudem beim Einstieg auf Gemeindeebene oft ehrenamtlich ist.» Und sie trauten sich ein politisches Amt weniger oft zu als ein Mann. Drittens seien die Parteien oft schon mit einem Frauenanteil von einem Drittel zufrieden. «Wenn es aber von Beginn weg weniger Frauen als Männer hat, ist auch die Anzahl der geeigneten Frauen für ein Amt in der Regierung kleiner.» *njb*